



Internationaler Arbeitskreis für Verantwortung in der Gesellschaft e.V.

International Working Group for Responsibility toward Society

Международная рабочая группа «Ответственность в обществе»

Geschäftsstelle: Dr.Hans Penner D-76351 Linkenheim-H - E-Mail: vorstand@iavg.org - www.iavg.org

IAVG-Internet-Dokumentationen

Pressemitteilungen zur Windenergie 2002

zusammengestellt von L. Lindner

www.iavg.org/iavg151.pdf / Stand: 19.01.2007

Informationen zu Windkraft bezogen auf das Jahr 2002

Presse, Kommentare, Veröffentlichungen u.a.m. aus den Informationsbriefen für das Jahr 2002 von Dr. Ludwig Lindner. Die Nummern entsprechen den Briefnummern. Die zeitliche Reihenfolge beginnt mit den neuesten Informationen!

68

7. Die **Windkraft-Branche** steht in Deutschland vor einer **großen Krise**. Das Vertrauen der Anleger in die Windenergie sei weg und für weiteres Wachstum fehle das Geld. (Und das trotz massiver Subventionierung !!) Nach Meinung der Wirtschaftsfachleute haben die Großen in der Branche, die Windpark-Betreiber Umweltkontor, Energiekontor, P&T sowie der Anlagenbauer Nordex ihre **Prognosen verfehlt**. Für den Bau von **Anlagen auf dem Meer fehle das Kapital**. (Euro am Sonntag 15.12.02)

2002 ist seit Beginn der Wetteraufzeichnungen **1860 das zweitwärmste Jahr**. Die globale Oberflächentemperatur lag im Durchschnitt um 0,5 Grad Celsius über dem Mittelwert der Jahre 1961 bis 1990. Die zehn wärmsten Jahre gab es alle seit 1987, neun davon seit 1990. Die durchschnittlichen Oberflächentemperaturen sind seit 1900 um 0,6 Grad Celsius angestiegen. (TAM News, 20.12.02)

67

Michaele Hustede (**Grüne**): **Windkraftanlagen** vor allem in Küstennähe arbeiteten inzwischen so „rentabel“, daß eine **reduzierte Förderung** erfolgen sollte. (Kölner Stadtanzeiger 18.12.02). So auch Winfried Hermann, umweltpol. Sprecher der **Grünen**. Die Betreiber müßten mit Kürzung der Zuschüsse rechnen. (dpa, 17.12.02 in Graftschafter Nachr.) Die Subvention ist auch sonst nicht mehr nötig, weil z.B. **40 % der Produktion von Enercon in den Export** gehen (Besuch bei Enercon im Mai 02). Das **Wort „rentabel“ ist außerdem falsch**: die Zusatzkosten für die Regelenergie und das zusätzliche Invest für neue Stromleitungen müssen die Verbraucher und nicht die Windmüller tragen.

Definition des Begriffes „**Nachhaltigkeit**“ durch die Enquete-Kommission: „Eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass zukünftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht befriedigen können“. (Prof.C.C.von Weizsäcker, Uni Köln, VDI-Vortrag 26.11.02)

66

Das **Orkantief „Jeanett“** hat am 27.10.02 ein **70 m hohes Windrad samt Betonfundament** von 13 m Durchmesser in einem Windpark Kreis Vechta **umgerissen**. Schaden: 750.000 €. Zum Zeitpunkt des Sturms war das Windrad abgeschaltet. „Der Turm ist einfach umgekippt“. Experten rätseln. Wie sicher sind die 3.200 Windkraftanlagen in Niedersachsen? (Peiner Allg. Zeitung, 29.10.02). Weitere Windradunfälle siehe im Internet <http://members.aol.com/fswemedien/ZZUnfalldatei.htm>

Experten warnen vor Unfallgefahren bei Windrädern und fordern neue Sicherheitsregeln" Der Kammer-Präsident der Ingenieurkammer Niedersachsen Rizkallah: "Die derzeitigen Bauabstände zu Autobahnen und Häusern sind viel zu gering. Wir fordern gesetzlich geregelte Mindestabstände und eine grundlegende Überarbeitung der Sicherheitsstandards" Fristen für vorgeschriebene **wiederkehrende Prüfungen ignorieren die Betreiber** aus Kostengründen nach TÜV-Erfahrungen häufig. Der inzwischen häufiger eingetretene Windkraft-Gau ist auf Überdrehzahlen bei Versagen der Bremssysteme zurückzuführen. (Focus 2.12.02 S.44)

65

Um die **niedersächsischen Seehäfen als Landbasis für Offshore-Windenergieanlagen** fit zu machen, hat die Landesregierung dem vom Nds. Wirtschaftsministerium vorgeschlagenen Konzept

zugestimmt. Das Wirtschaftsministerium hatte festgestellt: Cuxhaven und Emden bieten die besten Voraussetzungen als komplette Basishäfen für Produktion, Verschiffung, Unterhalt und Betrieb der zukünftigen Windkraftanlagen in der Nordsee. In beiden Häfen sind aber erhebliche Investitionen des Landes und der Wirtschaft erforderlich, um sie für den Umgang mit den schweren Lasten (Komplettanlagen bis zu 1500 t, Einzelteile wie Fundamente, Türme, Gondeln, Flügel bis 700 t) tauglich zu machen. Nach dem heutigen Kenntnisstand und Prognosen über die Entwicklung der Offshore-Windenergie könnten die **Investitionen in die Infrastruktur** (also Flächenerschließung, Kaimauern usw.) in **Cuxhaven** mittelfristig 70 bis 100 Mill.€, längerfristig **100 bis 130 Mill.€** betragen; in **Emden** mittelfristig 45 bis 65 Mill.€ längerfristig **120 bis 140 Mill.€**. <http://www.niedersachsen.de/press/delete>.

64

Nach Angaben des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW) wurden in 2000 folgende **jährliche Nutzungsdauern** erreicht: Kernkraftwerke 7144 Stunden. Laufwasserkraftwerke 6570, Braunkohlekraftwerke 6487 Stunden. Bei der Deckung der Mittel- und Spitzenleistung erzielten Steinkohlekraftwerke 4485 Stunden, Speicherwasserkraftwerken 2451 und mit Erdgas betriebene Kraftwerke 2094 Stunden, Pumpspeichieranlagen 577 Stunden und Kraftwerke, die Heizöl verfeuern, 165 Stunden. **Windkraftanlagen** waren in 2000 mit **1613 Volllast-Stunden** ausgelastet.

Für das **100.000-Dächer Solarstrom-Programm** (Nennleistung 190 MW, Vermeidung von 100.000 t CO₂-Ausstoß pro Jahr) hat die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) **Kredite** von insges. **1 Mrd €** zu **1,9 % Zins** pro Jahr (für 10 Jahre fest) vergeben (ots 11.1.02, www.presseportal.de)

Von 1997-2001 flossen **1,5 Mrd € priv. Kapital in Windkraftfonds**. Es gibt nicht nur steuerlich **attraktive Verlustzuweisungen**, sondern in der Regel auch **höhere Ausschüttungen** als bei Schiffs-, Medien- oder Immobilienfonds (wegen der über das EEG festgezurrten Abnahmepflicht des Windstroms mit langfristig sicherer Vergütung). Schwachstellen sind falsche Windgutachten und zu niedrig angesetzte **Betriebs- und Wartungskosten**. Diese seien mit **13- 17 % des jährlichen Umsatzes** eines Windparks anzusetzen (Bundesverband Windenergie, PowerNews 11.11.02)

63

Für den **Windstrom** zahlen wir als Verbraucher bereits jetzt mehr als **1 Mrd. €** über den Strompreis. Die **Grundstückseigentümer erhalten 400 € /Jahr** und mehr **Pacht** für die Fläche einer Windanlage. Die **Anteilseigner erhalten** nach Werbeprospekt der Finanzmakler einen **Kapitalrückfluß von 236 % im Verlauf von 20 Jahren**. (J.Hüttemann, Leserbrief FAZ 17.7.02)

62

Zwei Drittel mehr Energie werden die Menschen im Jahr 2030 benötigen, so die Studie "Welt-Energie-Ausblick 2002" der Internationalen Energie-Agentur (IEA). Die Abhängigkeit von den großen Erdöl- und Erdgasproduzenten in der OPEC und Russland werde sich verschärfen, **die EU werde 2030 voraussichtlich doppelt so viel Energie importieren wie im Jahr 2000**. Trotz des relativ stärksten Wachstums werde der Anteil **regenerativer Energien bis 2030 lediglich von 2% auf 4% steigen**. Der mit Abstand wichtigste Energieträger bleibt das Erdöl, zweitwichtigste Energiequelle wird das Erdgas. Beim CO₂-Ausstoß droht eine Zunahme um 70% („TAM-News“ 24.09.2002).

61

Der Steinbacher Gemeinderat (Landkreis Kronach OFr) faßte den Beschluß, die Errichtung von **Windkraftanlagen** im gesamten Gemeindegebiet künftig grundsätzlich **abzulehnen**, da die Wirtschaftlichkeit in Frage steht („Neue Presse“ 10.10.02). Die Samtgemeinde Wathlingen (Region Celle) hat den **Ausbauplänen** der Windfarm eine klare **Absage** erteilt („Cellesche Zeitung“ 1.10.2002).

60

Aufgrund steigender Kosten für den wachsenden Bedarf an Regelenergie wird die Dortmunder RWE-Net AG zum Febr. 2003 die Netznutzungspreise erhöhen (2 % im Niederspannungsbereich, 7,2 % im Hochspannungsbereich), weil **450 MW zusätzliche Regelenergie** eingekauft werden muß. Diese ist erforderlich, um Differenzen zwischen Stromeinspeisung und -entnahme im Netz jederzeit ausgleichen zu können. Der massive Zubau von Windkraftanlagen führt zu einem steigenden Regelenergiebedarf, weil der Wind nicht nach Bedarf weht und deshalb stark schwankende Stromeinspeisungen die Folge sind (RWE-Net AG, 27.09.02).

59

Gegenwind für Windkraftbetreiber von den Versicherungen: **Beitragserhöhungen und verstärkte Selbstbeteiligung** werden bei der Maschinenunterbrechungs- und Maschinenbruchversicherung diskutiert.

Seit 3 Monaten sollen die Prämien in beiden Versicherungskategorien bei Neuanlagen um bis zu 100 % angehoben werden. Außerdem will die Assekuranz eine Prüfung von z.B. Getriebe und Flügeln nach 40.000 Betriebsstunden, weil nach Erfahrungen der Versicherer viele Bauteile mit Auslaufen der Garantiezeit zu Bruch gehen („Handelsblatt“ 26.9.02).

Etwa die **Hälfte** aller in Deutschland errichteten **Windkraftanlagen** (WKA) seien **von ausländischen Herstellern produziert** worden. **Deutschland** habe in der EU ohnehin die **schwächsten Windverhältnisse** . Über die garantierte Einspeisevergütung von 9,1 cts/kWh werde eine Branche subventioniert, die sich allein nie behaupten könnte. (RA Mock, der Bürger vor Gericht vertritt, die sich gegen eine WKA in ihrer Umgebung wehren in „Der Tagesspiegel“ 19.8.02).

„In den vergangenen zehn Jahren haben sich **unseriöse Anbieter** mit Beteiligungen an Windkraft- und Solaranlagen an das Geld leichtgläubiger Anleger herangemacht“. Viele Anbieter seien wegen **Kapitalanlagebetrug** verurteilt worden, erläutern die Experten der Verbraucherzentrale. Eine bes. Gefahr für das eingesetzte Geld bildeten die atypischen stillen Beteiligungen, mit denen über Verlustzuweisungen Steuern gespart werden („Rhein-Zeitung“ vom 6.9.02). www.verbraucherzentrale-berlin.de)

56

Windräder bedrohen hunderte von Arbeitsplätzen in der Aluminiumindustrie , so Betriebsräte aus der Branche. Das Erneuerbare-Energie-Gesetz sei eine Bedrohung für die Wirtschaftlichkeit der Aluhütten mit 12 % Lohnkosten, aber 30 % Stromkosten. Bei Stilllegung von deutschen Aluhütten kämen ausländische Anlagen mit deutlich niedrigeren Umweltstandards zum Zuge, wie z.B. im ehem. Ostblock. "Da steht im Umkreis von mehreren km kein Baum mehr und die Mitarbeiter sind mit 40 Jahren gesundheitlich am Ende" („Neue Ruhr Zeitung“ 20.7.02).

Am Boom der Windkraft kommen Zweifel auf (Überschrift bei den VDI-Nachrichten vom 09.08. 02 auf der 1.Seite). Experten glauben, **künftige Anlagen auf hoher See** seien **unwirtschaftlich** . Nach einer Studie des Ingenieurbüros Fichtner Development steigen die Investitions- und Wartungskosten um so mehr an, je weiter Windparks von der Küste entfernt sind. **Ein 90 MW-Windpark an der Küste kann den Strom deutlich billiger produzieren als ein gleich großer im Meer** . Dr.Gustav Sauer, Ministerialdirigent beim Land Schleswig-Holstein, und Lothar Schedereit, Inhaber der Hamburger Beratungsgesellschaft für rationelle Energieverwendung, kritisieren, daß der Wartungsaufwand allein nach geplanten Wartungszyklen berücksichtigt wird. **Für ungeplante Ausfälle müsse man aber Geld in Spezialschiffe und Hubschrauber stecken** . Durch die massive Off-Shore Nutzung wird auch die **Netzstabilität gefährdet** . **Bisher** wird dies noch **durch** die Generatorläufer der **Kernkraftwerke glattgebügelt** . „So würden sich die Stromgestehungskosten auf 11 cts/kWh erhöhen und damit über den staatlichen garantierten Einspeisvergütungen von 9,1 cts/kWh liegen. **Damit liege bereits Kapitalvernichtung vor.** “

Nach einer Studie in Schleswig-Holstein empfinden **gut 1/3 der Gäste** die Rotoren der Windkraftanlagen als „Störung des Landschaftsbildes“. **Jeder 5. Hat sogar angegeben, wegen der Windparks an Land oder auf See die Region zu meiden** („Südwest-Presse“ 15.7.2002).

Windräder müssen ins Landschaftsbild passen. Das OVG Rheinland-Pfalz hat einen **Bauantrag** für einen Windpark **abgelehnt** , weil die Windräder den **Blick auf eine frei stehende Kirche beeinträchtigt** hätten („Capital“ 25.7.02)

Selbst **entlarvte Scharlatane tauchen in regelmäßigen Abständen immer wieder in denselben Fernsehsendungen auf** , als wäre nichts gewesen („Lug und Trug - das Geschäft mit der Wissenschaft - Chem.Rundschau“ 12.07.2002, Nr.14, S.16).

55

Die Stromnetzbetreiber haben technische und finanzielle Probleme beim Ausfall von Kraftwerken oder der Windenergie.

Von 100 Mio € in 2001 wird der Aufwand bei RWE-Net auf **300 Mio € in 2002 für die Sekundenreserve** ansteigen, so Wolfgang Kässer, Vorstandsvors. von RWE-Net. Man müsse **für 1 MW Windenergie 0,8 MW andere Kraftwerke aufrüsten** , um die enorm starken Lieferschwankungen durch Windkraft beherrschbar zu machen („Westd.Allgemeine“ 6.7.02).

54

Neben Windrädern der **Gipfel der Perversion: Mit Getreide heizen?** Technisch kein Problem, ökonomisch sehr interessant, aber ethische Bedenken. Angesichts schlechter Erlöserwartungen für die kommende Getreideernte denken Bauern an das Heizen mit Getreide. Immerhin liegt der Getreidepreis schon seit 1999 unter seinem Wert als Brennstoff. Theoretisch würden ungefähr 2,5 kg Getreide benötigt, um einen Liter Heizöl zu ersetzen. Ein Hektar Getreide entspräche etwa 3000 Litern

(<http://www.landvolk.net>).

Im Gegensatz zur Braunkohleverstromung muß die Erzeugung von Strom durch Wind massiv vom Stromverbraucher subventioniert werden. **Ein Arbeitsplatz im Braunkohlenbergbau bekommt keinen Euro Subvention, jeder Arbeitsplatz in der Windindustrie hingegen rd. 150.000 Euro**" (Pressemitteilung des Bundeswirtschaftsministers vom 12.04.2002).

Gemeinden dürfen die Zulässigkeit von **Windenergieanlagen** restriktiv steuern und beim Bebauungsplan **Baugesuche ablehnen**. In Schmallenberg/Sauerland sollten Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 100 m und einem Rotordurchmesser von 80 m, also einer Gesamthöhe von 140 m und jeweils 2 Megawatt gebaut werden. Daraufhin beschloß der Rat der Stadt **Schmallenberg** für den Bereich "Ellenberg" eine **Beschränkung auf 100 m Höhe**. Grund: Die optische Wirkung wird in einer Mittelgebirgslandschaft mit beachtlicher Erholungsfunktion nachteilig verstärkt. Das Argument, Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 100 m seien unwirtschaftlich, wurde nicht akzeptiert. Der **Beschluss des Oberverwaltungsgerichts ist unanfechtbar** (Pressemitteilung des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 8. Juli 2002).

Die Stromeinspeisevergütungen für Ökostrom betragen für 2000 + 2001 **2,7 Mrd €**, davon 62 % Wind, 29 % Wasserkraft + Deponiegas, 7 % Biomasse, 2 % Sonne („Wirtschaftswoche“ 18.7.2002).

53

Die **Hitze** macht auch den Stromkonzernen zu schaffen. **Am 17.Juni 02** ist das deutsche Stromnetz **nur knapp einem großflächigen Blackout entgangen**, wie der Netzbetreiber RWE- Net in Dortmund berichtete. Nach Aussagen des Vorstandsvorsitzenden Wolfgang Kässer habe der Stromverbrauch am bis dato heißesten Tag des Jahres an die Spitzenwerte kalter Wintertage herangereicht. Davon seien die Energieversorger völlig überrascht worden. Im Sommer sind planmäßig viele Kraftwerke zur Revision abgeschaltet. Außerdem haben wir zunehmend amerikanische Verhältnisse: Immer mehr Privathaushalte verwenden **Klimaanlagen**. **Windenergie war wegen einer Flaute auch nicht verfügbar** („Süddt.Zeitung“ 25.6.02)

50

Windstrom ca. 2012 für weniger als 6 cts/kWh verfügbar - so Prof. Vahrenholt/Vorstandsvors.der RWE-Power/Hamburg. Für Off-Shore-Windkraftanlagen von 5 MW in 500 MW-Feldern entstehen Kosten in Höhe von 500 Mio EURO, davon 40 % für Verkabelung und Fundamente in 30 m Tiefe. Auslastung: **4000 Volllaststunden**. **Probleme:** Zuverlässigkeit, Auslegung für "Jahrhundertwellen" in der Höhe von 8-stöckigen Hochhäusern, Fernwartung erforderlich wegen Unzugänglichkeit im Winter, neue Kabeltrassen von der Küste ins Binnenland und Auslegung auf die instabile Versorgung, Konstanz der Netzfrequenz, **Allianz** (die bisher Windkraftanlagen an Land versichert) **will keine Off-Shore-Anlagen versichern** („Handelsblatt“ 12.6.02, „Börsenzeitung“ 1.6.02, VI-Nachr.31.5.02).

45

Autobahn A44 am Sonntag 21.4.02 für **13 Stunden total gesperrt** wegen **Brand am Rotorkopf** des 108 m hohen **Windrades**. Anlagenteile stürzten im Umkreis von 100 m zu Boden. Der grüne NRW-Bauministerminister hält dennoch den bisher vorgeschriebenen Mindestabstand von 100m zu Autobahnen für ausreichend. FDP protestiert („Süddeutsche Zeitung“ 25.4.02).

Praktisch **keine C02-Einsparung durch Windkraftanlagen**: Weil in NRW der Wind so unregelmäßig wehe, müßten zum Ausgleich der Schwankungen so viel herkömmliche Kraftwerke (Kernenergie und Kohle in Grundlast) arbeiten, daß der C02-Ausstoß am Ende derselbe bleibe. Bei einem **Regierungswechsel** zu Schwarz-Gelb wird die **Einspeisevergütung für Windstrom drastisch heruntergefahren**. Dann wird kein Mensch mehr in NRW Windkraftanlagen bauen. **Dr.Gerhard Papke**, wirtschaftspolit. Sprecher der FDP in der Kölnischen Rundschau 8.4.2002. (Überholt!)

44

Windkraftanlagen sind **nur** deshalb **profitabel**, weil sie **gewaltig subventioniert** werden. Bei einem weiteren Ausbau der Windkraft werden die Strompreise drastisch ansteigen, weil enorme Summen in den **Netzausbau** gesteckt werden müssen. (Wolfgang Kässer, Vorstandschef von RWE-Stromnetz in der „Kölnischen Rundschau“ vom 8.4.02).

Subvention von Kohlebergbau und Windenergie: Die Bundesregierung will zur Sicherung der Energieversorgung bis weit nach 2010 am subventionierten deutschen Kohlebergbau festhalten, - so

Bundeswirtschaftsminister Müller auf einer Energiekonferenz des DGB und der IG BCE. Zur Kritik an dieser Kohlesubvention sagte Müller: „Für jeden **Arbeitsplatz** in der **Windenergie** gibt der Steuerzahler **350.000 Mark/Jahr** und für einen Arbeitsplatz im **Bergbau 100.000 Mark/Jahr** aus“ („Husumer Nachrichten“ 12.4.2002).

43

Zum Thema **Wind** schreibt Thomas **Löffelholz** (langjähriger Chefredakteur der „Stuttgarter Zeitung“ und der „Welt“): „Es geht ja um Wind, nicht um Geld. **Das unternehmerische Risiko übernimmt Trittin. Aber er trägt es nicht.** Und niemand wagt zu fragen: Können wir uns dies alles leisten und nutzt es unseren Enkeln? Die Antwort: In den Köpfen ist nur Wind.“ („Handelsblatt“ 04.04.02).

41

EWE-Chef (Energie-Versorgung Weser-Ems) Dr. Brinker sieht das Vorhaben, bis 2010 rund 10.000 MW **Off-Shore-Wind** parkleistung zu installieren, kritisch. Dafür sind auch **riesige neue 380 kV- Gittermasten** für den Ferntransport des Stromes erforderlich, weil der **Strom in der Küstenregion nicht abgenommen werden kann**. Im übrigen könne auf kein einziges konventionelles Kraftwerk verzichtet werden, weil auch bei Windstille die Versorgungssicherheit gewährleistet sein muß („Cuxhavener Nachrichten“ 15.02.02).

Bei einem Anteil von 15 % **Windenergieeinspeisung** sind **hohe Investitionen in die Netzregelung** notwendig (Prof. Povh, Siemens Power Transmission and Distribution „VDE-Nachr.“ März/April 2001). **Windkraft** sorgt für **steigende Strompreise durch die „Regelenergie“** (aus Pumpspeicherwerken), die in den vergangenen Monaten um 50 % teurer geworden ist. Ursache: Die zahlreichen Windkraftanlagen (WKA), die höchst unregelmäßig und unberechenbar ins Netz einspeisen. Im **Januar**, als es besonders kalt war und die höchste Stromabnahme vorlag, **standen fast alle WKA's still** (Rolf Windmüller, TechnikVorstand bei RWE-Net, „Westf.Rundschau“ 09.03.02).

Aus der Financial Times Deutschland vom 20.02.2002

Zu 'Kumpel erwarten klare Kanzlerworte zur Kohle', FTD vom 8. Februar

Unsinnige Subventionen

Es ist wohl das Pech der Kumpel, dass die Kohlewirtschaft beim Wirtschaftsministerium und nicht beim Umweltministerium angesiedelt ist. Herr Trittin ist da mit der Subventionierung von erheblich teureren Primärenergieträgern wie der deutschen Steinkohle viel findiger. Die Steinkohle erfordert beispielsweise 3 cts/kWh an Subventionen, die Windenergie 6,6 und die Sonnenenergie 47 cts/kWh. In der Windbranche sind über 30 000 Arbeitsplätze auf dieser Subventionsbasis neu entstanden - **für drei Prozent des Strombedarfs!**

Bei der Kohle erwirtschaften 46 000 Beschäftigte im Bergbau rund **26 Prozent des Strombedarfs** für jährlich nur rund 3 Mrd.€ Subvention. Die Windsubvention, von den Bürgern über das EEG-Gesetz getragen, liegt derzeit bei jährlich rund 1 Mrd. € für die vorgenannten drei Prozent. Wo liegt also das Problem, wenn Herr Trittin über die massiven Steigerungsraten bei Wind und Sonne ins Frohlocken gerät?
Prof Helmut Alt, Aachen

39

Windkraft - Bruchlandung der deutschen Energiewirtschaft: Die jetzige Bundesregierung will den Windkraftanteil am deutschen Stromverbrauch auf mindestens **25 % steigern**. Sven Teske (Greepeace-Aktivist): **reine Traumtänzererei**. In Sachen Windkraft kann sich Deutschland höchstens noch 4-5 Jahre steigern. Mehr als 6,6 % der Stromerzeugung sind nicht drin. Für eine Wirtschaftlichkeit muß die jahresdurchschnittliche Windgeschwindigkeit mind. 5,5 m/sec betragen. Das ist jedoch nur bei 4 % der Fläche in Deutschland gegeben. Die Steuervergünstigungen und Zinsverbilligungen kosten den Bundeshaushalt bis 2010 mehr als 51 Mrd € („Welt am Sonntag“ 10.Febr.2002).

Das Bremer Unternehmen „**Energiekontor**“ **will 3 schlecht laufende Windparks** (Leistung 28 MW) zurückkaufen: Ursachen seien zu optimistische Windprognosen, die zu hohe Renditen versprochen hätten („Südd.Ztg.“29.01.02).

Dänemark streicht sämtliche Hilfen für erneuerbare Energien: In Dänemark ist seit Januar 2001 der garantierte Einspeisepreis von 15 auf 10 Pfg/kWh reduziert worden. Deshalb wurden **in 2001 nur noch 10 MW Leistung neu Installiert** (in 2000 noch 600 MW). Offizielle Begründung der Regierung: Windenergie sei zu teuer, mit 16 % sei der Anteil an der Stromerzeugung in Dänemark hoch genug. Offenbar haben auch die großen EVU's gegen die Einspeisevergütung opponiert: **Durch den hohen Anteil an Windstrom** (16 % der Stromerzeugung) können **sie ihre eigenen Kraftwerke** nicht mehr auslasten, müssen sie **wegen der minderen Zuverlässigkeit von Windstrom aber vorhalten**. Die von der alten Regierung ausgehandelte Vereinbarung zum Bau von 5 jeweils 150 MW Off-Shore-Windanlagen wurde ebenfalls annulliert. Zudem sind im Etat des laufenden Jahres sämtliche Förderprogramme für erneuerbare Energien gestrichen worden.

Die Einhaltung der CO₂-Verpflichtung nach dem Kyoto-Protokoll will Dänemark durch den Zukauf von Emissionsrechten erreichen. („Hann.Allg.Zeitung“ 15.2.2002, vgl.Lebri 37/8).

37

Die **konservative dänische Regierung** will den **Bau von 3** geplanten **Windfarmen** in der Ostsee mit einem Wert von 5 Mrd. DKr **verhindern**. Damit werden 900 Mio DKr./Jahr eingespart. Die zahlreichen Windturbinen mit ihrer unsteten Stromerzeugung haben in Dänemark zu den mit am höchsten Strompreisen der Welt geführt. Mikael Jakobsen, Naboer til vindmøller, priv.Info.

36

Gründung eines **Dachverbandes der Bürgerinitiativen gegen Windkraft**: U.a. die **garantierte** Einspeisevergütung für Windstrom im Gesetz für Erneuerbare Energien müsse entfallen , ebenso das privilegierte Baurecht („Braunschweiger Zeitung“ 20.01.02)

35.

Gefahren durch Windkraftanlagen: Dieter Krämer vom Bundesverband Landschaftsschutz (BLS): In den letzten 2 Jahren sind **mindestens 38 Unfälle** dokumentiert:26 Flügelabstürze, 6 Blitz-Einschläge, 4 Brände, 2 komplette Gondelabstürze, sowie 22 Unfälle wegen Vereisung. Die Gefahr ist so groß, weil keine regelmäßigen Kontrollen durch den TÜV vorgeschrieben sind. Auf Norderney krachte im Mai 2000 ein Rotorblatt der 120 m entfernten Windkraftanlage in einen benachbarten Garten und durchschlug eine 36 cm dicke Hauswand. („Bild am Sonntag“ 16.12.2001, S.34,35)